



POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

Einwurf-Einschreiben

Herrn
Stefan Wehrmeyer
c/o Open Knowledge Foundation
Deutschland
Singerstr. 109
10179 Berlin

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11015 Berlin

BEARBEITET VON [REDACTED]
REFERAT Z B 6
FAX (+49 30) 18 580 0
(+49 30) 18 580 9525
poststelle@bmjv.bund.de
AKTENZEICHEN Z B 6 - zu: 1451/6II - Z3 421/2020
DATUM Berlin, 7. August 2020

BETREFF: Informationsfreiheitsgesetz (IFG)
HIER: Kündigung des Vertrags mit dem Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e.V.
BEZUG: Ihr Antrag vom 11. Juli 2020
ANLAGE: - 1 -

Sehr geehrter Herr Wehrmeyer,

auf Ihren Antrag nach dem IFG auf Zugang zu amtlichen Informationen des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) vom 11. Juli 2020 ergeht folgender

B e s c h e i d :

1. Ich gebe Ihrem Antrag statt.
2. Eine Gebühr wird nicht erhoben.

Begründung:

I.

Mit E-Mail vom 11. Juli 2020 erbitten Sie „sämtliche Dokumente, Aufzeichnungen, Kommunikation etc., die zur Entscheidung führten, den Vertrag mit dem Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e.V. zu kündigen“.

II.

Nach § 1 Absatz 1 Satz 1 IFG hat jeder nach Maßgabe des IFG gegenüber den Behörden des Bundes einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen.

Die Entscheidung über die Kündigung hat Frau Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Lambrecht getroffen. Diese Entscheidung ist in der Vorlage vom 29. Juni 2020 dokumentiert, die diesem Bescheid in Kopie als Anlage beigefügt ist.

Soweit einzelne Passagen in der anliegenden Vorlage unkenntlich gemacht sind, betreffen diese Vorgänge, die nicht von Ihrem Antrag erfasst sind.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Mohrenstraße 37, 10117 Berlin, eingelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Hinweis:

Das BMJV verarbeitet im Zusammenhang mit Ihrem Antrag nach dem IFG ausschließlich solche Daten, die notwendig sind, um mit Ihnen zu kommunizieren und um das Verwaltungshandeln des BMJV ordnungsgemäß zu dokumentieren. Hierzu gehören insbesondere personenbezogene Informationen, die Sie unmittelbar übermittelt haben. Die Verarbeitung der Daten ist zur Wahrnehmung der Aufgaben des BMJV erforderlich (vgl. Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e Datenschutz-Grundverordnung in Verbindung mit § 3 Bundesdatenschutzgesetz).

Weitere Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch das BMJV finden Sie auf der Internetseite unter www.bmju.bund.de. Hier finden Sie u.a. auch nähere Erläuterungen zu Ihren Rechten sowie weiterführende Kontakt- bzw. Beschwerdemöglichkeiten.